

EINWANDERUNGSLAND DEUTSCHLAND

Ю. В. Ходаковская

EINLEITUNG

Deutschland ist ein Einwanderungsland, auch wenn es sich ein halbes Jahrhundert um diesen Begriff herumgedrückt hat. Seit 1954 kamen 31 Millionen Menschen nach Deutschland, 22 Millionen zogen im gleichen Zeitraum weg. Die größte Zuwanderungswelle erlebte Deutschland zwischen 1988 und 1993: In diesen sechs Jahren kamen 7,3 Millionen Aussiedler, Asylbewerber, «neue Gastarbeiter» und nachziehende Familienangehörige in die Bundesrepublik. Insgesamt geht ein Drittel der Bevölkerung der alten Bundesrepublik auf Zuwanderung zurück. Nach den USA ist die Bundesrepublik weltweit zum zweitbeliebtesten Ziel für Zuwanderer geworden. Dass die Zahl der dauerhaften Migranten in Deutschland zum vierten Mal in Folge im zweistelligen Prozentbereich wuchs, sei besonders bemerkenswert, da andere große Einwanderungsländer wie die USA, Spanien oder Italien sinkende Zahlen vermerken.

Fast 20 Prozent der heute in Deutschland lebenden Menschen haben einen Migrationshintergrund. Diese Personen sind ein Drittel aller Kinder, die hier geboren wurden. Sie bilden also schon heute keine kleine Minderheit, sondern gestalten ganz wesentlich unsere ganze Zukunft mit. In manchen Städten oder Quartieren stammen bereits jetzt schon zwei Drittel aller unter Fünfjährigen aus Migrantenfamilien. Im Jahre 2050 dürfte mindestens ein Drittel aller Menschen unter 30 einen Migrationshintergrund haben.

WER KOMMT NACH DEUTSCHLAND?

Es gibt 8 verschiedene Herkunftsgruppen. Die mit Abstand größte Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund sind die knapp vier Millionen Aussiedler, die im Wesentlichen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion stammen. Die Türkischstämmigen bilden mit fast drei Millionen Menschen erst die zweitgrößte Gruppe, auch wenn sie in der öffentlichen Wahrnehmung meist als die gewichtigste gilt. Es folgen die Gruppen von Migranten mit der Herkunft aus den Weiteren Ländern der EU-25 (ohne die südeuropäischen Gastarbeiternationen), die Südeuropäer (aus Griechenland, Italien, Portugal und Spanien), die Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus dem Fernen Osten, dem Nahen Osten und schließlich die Afrikanischstämmigen, die kleinste der untersuchten Gruppen. Die wichtigsten Zuwanderungsgruppen sind:

EU-Bürger und ihre Familienangehörigen dürfen sich –wenn ihr Lebensunterhalt gesichert ist – ohne Genehmigung überall innerhalb der Staaten der Europäischen Union aufhalten oder niederlassen.

Arbeitnehmer aus den Nicht-EU-Staaten: Als «Gastarbeiter» wurden sie von 1955 bis 1973 angeworben, weil in Deutschland zu Zeiten des «Wirtschaftswunders» dringend Arbeitskräfte gebraucht wurden. Aufgrund des Arbeitskräftemangels (z.B. in der Landwirtschaft, im Hotel- u. Gaststättengewerbe) gibt es allerdings bis heute legale Arbeitsmöglichkeiten für die Bürger aus den Nicht-EU-Staaten, z.B. Saisonarbeiter, Werkvertragsarbeiter, «neue Gastarbeiter» (dringender Arbeitskräftebedarf, der nicht durch deutsche Staatsangehörige gedeckt werden kann).

Spätaussiedler sind deutsche Volkszugehörige, die in Folge des Zweiten Weltkriegs zwangsweise in Gebiete der ehemaligen Sowjetunion (z.B. Kasachstan) umgesiedelt wurden. Sie müssen ihre deutsche Abstammung und deutsche Sprachkenntnisse nachweisen.

Asylbewerber, die nachweisen können, dass sie politisch verfolgt werden, erhalten nach Abschluss des Asylverfahrens als Asylberechtigte ein Aufenthaltsrecht und Arbeitserlaubnis.

Flüchtlinge sind Personen, die sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung außerhalb des Landes befinden, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen.

Familienangehörige: Die Ehepartner und minderjährige Kinder (bis 16 Jahre) der in Deutschland lebenden Ausländer haben ein Recht auf Nachzug.

Wenn man diese Hauptgruppe berücksichtigt, dann ist es möglich, die Hauptursachen der Migration nach Deutschland zu identifizieren. In meiner Forschung unterstreiche ich 7 Hauptursachen.

DIE URSACHEN UND GRÜNDE FÜR DIE MIGRATION NACH DEUTSCHLAND

Erster Grund – Deutschland braucht Migranten und erleichtert die Migrationsprozesse.

Allein aus ökonomischer Sicht bleibt deutschem Gemeinwesen kaum eine andere Wahl, als diese Menschen besser zu integrieren. Denn die demografische Entwicklung – immer mehr ältere Rentenempfänger bei einer sinkenden Zahl junger Menschen, die ins Erwerbsleben einsteigen können und die notwendigen Rentenzahlungen erwirtschaften – zwingt dazu, alle potenziell fähigen Köpfe bestmöglich auszubilden und volkswirtschaftlich zu nutzen. Nur so lässt sich auch der Weg bereiten für weitere Zuwanderung, die das Land braucht, weil es wegen der niedrigen Kinderzahlen auf qualifizierte Ar-

beitskräfte aus dem Ausland angewiesen ist, um seine Produktivität zu sichern.

Zweiter Grund – Gemeinwesen fördert die Integration der Ausländer und hilft ihnen an dem gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Die Förderung der Integration wurde gesetzlich verankert. Ausländer, die sich dauerhaft in der Bundesrepublik aufhalten, sollen einen Anspruch auf Integrationskurse erhalten. Zuwanderer sind seither verpflichtet, an Integrationskursen teilzunehmen, die ihnen Grundkenntnisse über den deutschen Staat, über das hier geltende Recht und vor allem der deutschen Sprache vermitteln. In einem «Nationalen Integrationsplan» haben sich Bund, Länder und Kommunen sowie Vertreter der Bürgergesellschaft und vieler Migrantengruppen auf eine nachhaltige Integrationspolitik verständigt.

Dritter Grund – Die Einbürgerung wurde erleichtert

Nach dem Regierungswechsel zu Rot-Grün im Jahr 1998 trat ein überfälliges Staatsbürgerschaftsrecht in Kraft, das die Einbürgerung erleichtert und hier den geborenen Kindern einen deutschen Pass zusichert, sofern ein Elternteil seit mindestens acht Jahren legal in Deutschland lebt. Eine unabhängige Kommission kam 2001 zwar zu der Überzeugung, Deutschland brauche Zuwanderung, um die demografisch bedingten Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zu kompensieren. Doch konkrete Maßnahmen, diese Zuwanderung über ein neues Gesetz zu organisieren, blieben zunächst aus.

Vierter Grund – Die Arbeitsmigration und höheres Gehalt

Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro brutto je Zeitstunde für das ganze Bundesgebiet ist mit dem 1. Januar 2015 eingeführt worden. Das ist viel mehr als in EU-Staaten und anderen Ländern, woraus Ausländer kommen. So können die in Deutschland arbeitenden Ausländer gewinnen. Es gibt 2 Gruppen der Zuwanderer die aus beruflichen Gründen immigrieren – Hochqualifizierte Arbeiter und Geringqualifizierte Arbeiter. Die hochqualifizierte Zuwanderer kommen nicht nur um mehr zu verdienen, sondern auch bessere Anstiegsmöglichkeiten zu bekommen und sich weiterzuentwickeln. Gering qualifizierte Zuwanderer haben sogar eine höhere Beschäftigungsquote als in Deutschland geborene Personen mit dem gleichen Bildungsstand.

Fünfter Grund – Die Netzwerke

Wenn Asylsuchende sich überlegen, wohin sie gehen sollen, steht der Studie zufolge für sie eine Frage an erster Stelle: Wo wohnen schon Landsleute oder Angehörige meiner Ethnie? In Deutschland wirkt dabei die Politik der letzten Jahrzehnte: Im 20. Jahrhundert kamen viele Zuwanderer aus der Türkei als «Gastarbeiter» und Flüchtlinge aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien. «Diese Verbindungen sind bis heute präsent, so

dass immer wieder vergleichsweise viele Asylbewerber dieser Herkunft nach Deutschland kommen».

Außerdem gibt es in Deutschland Communitys infolge der Flucht vor Kriegen in Afghanistan, im Irak und im Iran, in Pakistan und in Syrien. Wobei bislang vor allem kurdisch stämmige Syrer nach Deutschland gingen, arabischstämmige nach Schweden.

Sechster Grund – Das Rechtssystem

Knapp 15 Prozent der befragten Asylbewerber sagten, sie würden nach Deutschland kommen, weil sie sich hier sicher fühlen. Sehr viele sagten, dass die Qualität des deutschen Asylverfahrens gut ist.

Siebter Grund – Das Bildungssystem

Jeder dritte Migrant geht nach Deutschland häufig mit dem Ziel, hier eine Ausbildung oder ein Studium zu absolvieren. Das deutsche Ausbildungssystem hält dabei nicht nur zahlreiche Berufsmöglichkeiten in allen Branchen und Sparten bereit, sondern steht auch für verlässliche Organisation und Qualität. Deshalb wollen einige europäische Ausbildung haben, um ihre Arbeitsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu steigern. Die anderen wollen einfach Ausbildung bekommen, weil es in ihrem Heimatland aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist. Von Vorteil für Asylbewerber ist, dass ihre Kinder sich in Deutschland sicher fühlen. Flüchtlinge aus Afghanistan setzten große Hoffnungen auf das deutsche Bildungssystem. Denn zu Hause, so beschreibt es ein Experte, müssten insbesondere die Mädchen fürchten, gekidnappt zu werden, oder die Schulen seien so weit weg.

SCHLUSSFOLGERUNG

Infolge meiner Arbeit bin ich zu diesen Schlussfolgerungen gekommen:

- Fast 20 Prozent der heute in Deutschland lebenden Menschen haben einen Migrationshintergrund;

- Es gibt acht nach Deutschland kommende Herkunftsgruppen (Sowjetunion, die Türkei, aus den Weiteren Ländern der EU-25, die Südeuropäer, aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus dem Fernen Osten, dem Nahen Osten und schließlich die Afrikanischstämmigen);

- Es gibt sechs nach Deutschland kommende Zuwanderungsgruppen;

Die Migranten kommen nach Deutschland wegen der nächsten Hauptursachen:

- Erleichternder Migrationsprozess;
- Förderung der Integration der Zuwanderer;
- Erleichternde Einbürgerung;
- Bessere Arbeitsmöglichkeiten;
- Bessere Bildungsmöglichkeiten;

- Etablierte Netzwerke der Zuwanderer;
- «Zuwanderer-freundliches» Rechtssystem.

ВКЛАД ЮНЕСКО В ТОЛКОВАНИЕ ПРАВА НАРОДОВ НА САМООПРЕДЕЛЕНИЕ

Е. В. Ходарцевич

Право народов на самоопределение закреплено во многих международных документах, например, в Уставе ООН [9], Международном пакте о гражданских и политических правах 1966 г. (статья 1) [7], Международном пакте об экономических, социальных и культурных правах 1966 г. (статья 1) [8]. Право народов на самоопределение было определено Международным Судом ООН в качестве нормы *erga omnes* [1; 2; 5].

Однако ни данными международными документами, ни Международным Судом ООН не было дано определения понятию «народ». Поэтому в правоприменительном процессе возникают проблемы с установлением того, обладает ли определенная группа людей правом на самоопределение. В 1990 году группа экспертов ЮНЕСКО предложила наиболее комплексное определение народа, внося таким образом значительный вклад в толкование права народов на самоопределение.

Возникает вопрос, почему ЮНЕСКО – организация по вопросам образования, науки и культуры – занялась правом народов на самоопределение. Группа экспертов было созвана Генеральным директором ЮНЕСКО (в тот момент Генеральным директором ЮНЕСКО являлся Федерико Майор), который был уполномочен Генеральной конференцией 1989 г. подготовить анализ существующих норм международного права, направленных на сохранение, защиту и развитие культуры. Генеральный директор ЮНЕСКО созвал данную группу экспертов для исследования содержания права народов на самоопределение, так как данное право включает в себя и культурные аспекты, например, право народа сохранять и развивать свою культуру и традиции [3].

Если определять правовой статус данной группы экспертов в рамках деятельности ЮНЕСКО в настоящее время, то согласно статье 56 Правил общей классификации различных категорий совещаний, созываемых ЮНЕСКО данная группа экспертов выступала бы в качестве комитета экспертов *ad hoc* [10], которые уполномочены консультировать ЮНЕСКО по вопросам разработки или осуществления ее программы в определенной области.

В работе группы принимали участие 14 экспертов из различных стран, выступающих в личном качестве, в том числе и эксперт из БССР – Анатолий Гусев, а также представитель ООН и наблюдатели от